

Frankfurter Allgemeine Zeitung. 15.06.2021

## Keine Verbeamtung : Warum viele Lehrer Berlin verlassen

- Von [Heike Schmoll](#), Berlin
- -Aktualisiert am 14.06.2021-19:57

Seit 2004 werden Lehrer in Berlin nicht mehr verbeamtet. Viele junge Lehrer suchen sich deshalb nach dem Studium einen anderen Arbeitsort. Jetzt schlagen die Schulleiter Alarm.

Berlin ist inzwischen das einzige Land, das seine Lehrer nicht verbeamtet. Die Schulleiter sehen die Folgen der Rücknahme der Verbeamtung im Jahr 2004 täglich: Mit enormem Aufwand bilden sie Referendare aus, und die besten kehren ihnen regelmäßig den Rücken. Sobald das zweite Staatsexamen hinter ihnen liegt, wechseln sie in Bundesländer mit einer geregelten Beamtenlaufbahn. Viele bleiben in Berlin wohnen und fahren täglich ins nahe Brandenburg oder auch nach Hamburg.



[Heike Schmoll](#)

Politische Korrespondentin in Berlin, zuständig für die „Bildungswelten“.

Am Montag haben deshalb sämtliche Schulleiterverbände in Berlin in einer gemeinsamen Pressekonferenz Alarm geschlagen und die künftige Berliner Regierung, die im September gewählt wird, dazu aufgefordert, dringend wieder die Verbeamtung einzuführen. Während Hamburg kaum Schwierigkeiten hatte, seinen Lehrerbedarf mit grundständig ausgebildeten Lehrern zu decken, wird das in Berlin immer schwerer.

### „Die Unterrichtsqualität leidet“

Besonders darunter zu leiden haben die Grundschüler. Dort sind die Lehrer mit grundständiger Ausbildung vor allem in Brennpunktschulen oft in der Minderheit. Das bedeutet, dass Kernfächer wie Mathematik und Deutsch nicht selten fachfremd erteilt werden. Bei der sechsjährigen Grundschule in Berlin bleibt das nicht ohne Folgen für die weiterführenden Schulen.

Die Vorsitzende des Interessenverbands Berliner Schulleitungen (IBS), Astrid-Sabine Busse, sagte: „Die Unterrichtsqualität leidet.“ Sie leitet die Grundschule in der Köllnischen Heide in Neukölln. Angesichts der Berliner Lehrerversorgung sei es ohnehin schwer genug, die Lernrückstände durch die Pandemie aufzuholen, das werde Jahre in Anspruch nehmen, wenn es überhaupt gelinge. Darauf sei der wachsende Bedarf angesichts der anstehenden Pensionierungszahlen bei gleichzeitig wachsenden Schülerzahlen nicht zu decken, argumentierte Busse.

Sven Zimmerschied von der Vereinigung der Schulleiter von Sekundarschulen (BISSS) sagte, es gebe bereits ein massives Personalproblem. „Es ist dramatisch. Berlin muss endlich wieder verbeamten“, sagte er. In den Sekundarschulen kann die Unterrichtsversorgung schon jetzt

nur zu 80 Prozent aufrechterhalten werden. Auch in den Oberstufenzentren fehlen zunehmend Lehrer. In den Gymnasien gilt das vor allem für die Mangelfächer.

Einhellig verwiesen alle Schulleiter auf die schwierige Situation in Lehrerkollegien, in denen ein Teil angestellt und ein Teil verbeamtet sei. Sie fordern deshalb, Laufbahngesetz und Bildungslaufbahnverordnung so zu ändern, dass tarifbeschäftigte Inhaber von Funktionsstellen an den Schulen bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis keine neuen Probezeiten durchlaufen müssen.

### **Der Anteil von Seiteneinsteigern ist gewachsen**

Außerdem sollte die Altersgrenze für eine Übernahme in ein Beamtenverhältnis für bisher tarifbeschäftigte Lehrer von derzeit 45 auf 52 Jahre angehoben werden. Von den derzeit 22.000 tarifbeschäftigten Lehrern in Berlin kämen etwa 15.000 für eine Übernahme in ein Beamtenverhältnis infrage. Um pensionierte Lehrer zu attraktiven Bedingungen nach Erreichen der Altersgrenze weiterbeschäftigen zu können, sollten die Bedingungen im Landesbeamtenversorgungsgesetz verbessert werden.

Mehr zum Thema

In ihrer Schule, so berichtete Busse, kümmerten sich pensionierte Lehrer mit großer Erfahrung und Engagement um Seiteneinsteiger im Lehrerkollegium. Der Anteil der Seiteneinsteiger in Berlin liegt bei etwa 40 Prozent, 2010 waren es noch 5,7 Prozent. Nach Berechnungen der Schulleiterverbände wäre eine Verbeamtung nicht grundsätzlich teurer. Unter den Berliner Parteien ist nur die CDU für die Verbeamtung der Lehrer, die SPD im Prinzip auch, aber aufgrund der jetzigen Koalition nicht. Die FDP will die Verbeamtung nicht, die Linke auch nicht.